

t. 818-55-GRT
t. 023.1(2)-GRT

Bern, den 16. Dezember 1992

**IKEH/CICDA: Zusammenfassendes Protokoll der Sitzung zum
UNCED-Nachfolgeprozess vom 11. November 1992,
15-17 Uhr**

Teilnehmer:

F. Nordmann, H. Hoffmann	DIO/EDA
F. Stähelin (Vorsitz), J.-F. Giovannini, H.-P. Cart, N. Wyrsh,	
T. Greminger (Protokoll)	DEH/EDA
P. Roch, W. Schmid, R. Clemençon	BUWAL/EDI
R. Grossenbacher	BAGE/EJPD
R. Jeker, C. Häberli, C. Pauletto	BAWI/EVD
E. Burger	BLW/EVD
E. Kiener	BEW/EVED

Traktanden:

0. Die Traktandenliste wird genehmigt.
1. **Organisatorische Massnahmen für den Rio-Nachfolgeprozess**

Präsident: Nach dem Vorbild des IKEH ist ein interdepartementales Komitee zu schaffen, welches die Arbeiten im Rio-Nachfolgeprozess auf strategischer Ebene anleitet. Konkrete Aufträge werden an Untergruppen delegiert. Das neue Komitee soll allen Aemtern offen stehen und eine zwischen BUWAL, BAWI und DEH im Einjahresturnus rotierende Präsidenschaft aufweisen. Die Tagungshäufigkeit ist zu diskutieren.

BUWAL: Begrüssst die Schaffung eines solchen Komitees zur strategischen Koordination. Es sollte ein- bis zweimal jährlich tagen, in der Anfangsphase allenfalls häufiger. Eine Verbindungsgruppe gewährleistet die Kontinuität.

BAWI: Das neue Komitee soll auf das UNCED-Follow up ausgerichtet sein und nicht auf die Umweltpolitik im allgemeinen. Zum Vorgehen: Zunächst mit der Substanz beginnen und eine Bestandesaufnahme durchführen, d.h. die Agenda 21 auf der Stufe der Aemter analysieren und dann die Prioritäten setzen. In einer zweiten Phase kann ein Komitee geschaffen werden, welches in einer dritten Phase darüber entscheidet, wie weiter vorzugehen ist. Begrüssst den rotierenden Vorsitz eines solchen Gremiums. Die Einberufung soll bei Bedarf, aber mindestens einmal jährlich erfolgen. Ein eigenständiges Sekretariat ist nicht angebracht, hingegen stellen Verbindungsleute die Kontinuität sicher.

BAGE: Der neue interdepartementale Ausschuss ist in der Form zu koordinieren mit dem kürzlich geschaffenen "IDAWI" im Bereich von Wissenschaft und Forschung. Dessen Mandat darf nicht zu breit sein und muss auf den UNCED-Suivi fokussiert werden. Lehnt ein eigenständiges Sekretariat ab und befürwortet



ebenfalls das Konzept der Verbindungsleute. Die Beteiligung soll allen Bundesämtern offenstehen (zB. auch EFV, Stab GGST).

BEW: Schliesst sich der Stellungnahme des BAGE an. Bekundet Interesse, im neuen "IDARio" mitzuarbeiten.

BLW: Befürwortet Schaffung eines interdepartementalen Komitees und will darin gerne mitwirken. Die Mitarbeit möglichst vieler Aemter wäre anzustreben (z.B. auch EFV, BFS). Der rotierende Vorsitz erscheint sinnvoll.

Präsident: Es besteht ein Konsens, dem Bundesrat die Schaffung eines interdepartementalen Komitees vorzuschlagen. Einhelligkeit besteht auch bezüglich des rotierenden Vorsitzes, der Einladung aller betroffenen Aemter und der Ablehnung eines separaten Sekretariates. Wir müssen mit bestehenden Netzwerken weiterarbeiten.

BUWAL: Ein zentrales Problem sind die personellen Ressourcen. Die gegenwärtig verfügbaren Mittel reichen für einen ernsthaften UNCED-Suivi nicht.

Präsident: Wir müssen realistischerweise mit den gegenwärtig verfügbaren Mitteln arbeiten und versuchen, mit einer neuen Priorisierung zusätzliche Ressourcen freizustellen. Möglich ist auch die Auslagerung gewisser Sekretariatsarbeiten mittels Mandate an Konsulenten.

DIO: Es ist anzustreben, die Arbeit über gut organisierte Arbeitsgruppen zu leisten, so wie dies auch im IDAWI vorgesehen ist.

BUWAL: Die Problematik in der Auslagerung von Aufträgen besteht darin, dass damit immer auch wertvolle Kenntnisse ausgelagert werden und damit innerhalb der Verwaltung nicht mehr verfügbar sind.

Präsident: Wenn nur Teilaufträge ausgelagert werden, kann dies verhindert werden. Zusammenfassend halten wir also fest, dass das interdepartementale Komitee mindestens ein- bis zweimal jährlich, in der Anfangsphase eventuell häufiger tagen soll. Bezüglich des Netzwerkes sind die vorhandenen Mittel auszuschöpfen, das "Backstopping" in den einzelnen Aemtern ist mit Verbindungsleuten (mit Stellvertretern!) abzusichern und der nucleus dieser Koordination soll in der DIO liegen. Zur Besorgnis, das Mandat dürfe sich nicht auf die gesamte Umweltpolitik ausdehnen, ist zu bemerken, dass die Agenda 21 einen sehr umfassenden Follow up verlangt. Wir müssen deshalb Prioritäten setzen. Es gilt nun, für den Bundesratsantrag ein Mandat auszuarbeiten.

2. Zusammenarbeit der Bundesverwaltung mit Nichtregierungskreisen im UNCED-Suivi

DEH: Es besteht ein grosses Bedürfnis seitens der Nichtregierungskreise, mit der Verwaltung im Dialog zu bleiben. Einige Bemerkungen zu verschiedenen Zu-

sammenarbeitsformen: Die Schaffung einer Nationalen Kommission ist nicht ausgeschlossen, zurzeit besteht hierfür allerdings kein Konsens. Hingegen ist an einer Sitzung mit den in der schweizerischen UNCED-Delegation vertretenen Nichtregierungsorganisationen und -experten die Idee begrüsst worden, diese "Kerngruppe" als Verbindungsglied zwischen Bundesverwaltung und Nichtregierungskreisen beizubehalten. Ein Mitglied dieses Gremiums, M. Kohn, schlägt vor, mittels einer Studie ein Inventar der gegenwärtig im UNCED-Nachfolgeprozess geleisteten Arbeiten zu erstellen. Möglich ist auch die Schaffung thematischer Arbeitsgruppen unter Einbezug der interessierten Nichtregierungskreise (z.B. zum Thema Technologietransfer). Eine weitere Idee wäre eine "Jahresversammlung" als Informations- und Dialogveranstaltung aller am UNCED-Suivi beteiligten Nichtregierungskreise.

BEW: Befürwortet breit abgestützte Arbeitsgruppen zur Vorbereitung eines Geschäftes. Deutlich muss aber sein, dass der eigentliche Entscheidungsprozess in der Verwaltung abläuft.

BAWI: Teilt die Auffassung des BEW. Wichtig ist, dass Nichtregierungskreise primär Ratschläge zuhanden der Privatwirtschaft und nicht der Verwaltung erarbeiten.

BUWAL: Es ist in der Tat wichtig, die Rolle dieser Nichtregierungsorganisationen klar zu definieren.

Präsident: Befürwortet die Inventarisierung aller laufenden Aktivitäten mit dem Ziel einer guten Auslegeordnung. Wichtig wird aber auch deren gemeinsame Auswertung sein. Der "top-down"-Ansatz ist abzulehnen. Es wird auch Bestandteil des Bundesratsantrags sein müssen, die Rolle der NGOs präzise zu definieren.

BEW: Eine einheitliche Regelung betreffend die Entschädigung der mitarbeitenden NGOs ist anzustreben.

3. Vorläufige Auswahl von prioritären Handlungsbereichen

BUWAL: Es geht nun darum, eine Prioritätenliste mit den jeweiligen Federführungen festzulegen. Im Bereich des Klimas ist die Botschaft zur Klimakonvention zurzeit bereits in der Aemterkonsultation.

BEW: Hält fest, dass für das Thema "Energie" gegenwärtig kein Bedarf für die Einsetzung einer Arbeitsgruppe besteht, da das Konzept "Energie 2'000" den Forderungen der Agenda 21 Rechnung trage.

BAWI: Die Substanz kommt vor den Institutionen: Zuerst muss nun diese Bestandesaufnahme gemacht werden, bevor wir uns auf Prioritäten und Institutionen festlegen.

DEH: schlägt vor, dass im Bundesratsantrag mögliche Themen der interdepartementalen Zusammenarbeit aufgezeigt werden, ohne jedoch bereits prioritäre Aktionen anzumelden.

BUWAL: Es sind bereits an verschiedenen Orten Analysen zur Umsetzung der Agenda 21 gemacht worden. An diesen Themen muss jetzt gearbeitet werden. Der neue Ausschuss wird sie aufnehmen und festlegen, wie sie anzugehen sind.

BEW: Aeussert sich wie das BAWI zurückhaltend und würde es vorziehen, die Bestandesaufnahme abzuwarten, bevor Prioritäten festgesetzt werden.

DEH: Mögliche Themen für die interdepartementale Zusammenarbeit könnten wenigstens im einleitenden Teil des Bundesratsantrages aufgeführt werden.

BEW: Schlägt vor, die vorgesehene Arbeitsgruppe ("Kerngruppe") einzusetzen und eine Bestandesaufnahme vorlegen zu lassen. Nach der Diskussion im IDARio habe der Bundesrat über die vorgeschlagene Prioritätenordnung zu entscheiden.

Präsident: Befürwortet ein solches Vorgehen.

4. Nächste Schritte

Präsident: Die DEH wird einen Bundesratsantrag im Sinn der heutigen Diskussion ausarbeiten. Ein nächster, wichtiger Schritt wird sein, das Netzwerk in der Verwaltung zum Funktionieren zu bringen.

BEW: Schlägt vor, dass die DEH im ersten Jahr den Vorsitz von IDARio übernimmt.

Präsident: Nimmt den Auftrag gerne entgegen, im nächsten Jahr den IDARio-Vorsitz zu übernehmen. Es geht nun darum, ein rasches Zeichen des Bundesrates zu setzen. Wir müssen alles daransetzen, das UNCED-Suivi breit abzustützen und sowohl Verwaltung wie die "société civile" zu integrieren.

5. Diverses

Präsident: 1993 scheinen zwei Sitzungen angezeigt. Die erste IDARio-Sitzung findet am Donnerstag, 11. März 1993, 14.30-16.30 Uhr, statt.